Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Waizenkirchen am **07.11.2002**, Tagungsort Sitzungssaal der Marktgemeinde Waizenkirchen im Schloss Weidenholz.

Anwesende

1. Bgm. Ing. Josef Dopler, Hausleiten 25	ÖVP
2. Vbgm. Rudolf Weinzierl, Fadingerstr. 23	ÖVP
3. GVM. Wolfgang Degeneve, Jänergasse 19	ÖVP
4. GVM. Rudolf Hinterberger, Schurrerprambach 5	ÖVP
5. GVM. Josef Mayr, Stillfüssing 9	ÖVP
6. GVM. Hermann Hebertinger, Thallham 4	SPÖ
7. GVM. Peter Reichert, Klosterstraße 16	FPÖ
8. GR. Hubert Steiner, Grillparz 2	ÖVP
9. GR. Alfred Schauer, Feldweg 2	ÖVP
10. GR. Margret Haider, Moospolling 9	ÖVP
11. GR. Klaus Schatzl, Fasanweg 6	ÖVP
12. GR. Gabriele Vierziger, Thallham 12	ÖVP
13. GR. Markus Huemer, Willersdorf 7	ÖVP
14. GR. Herbert Fleischanderl, Inzing 19	ÖVP
15. GR. Franz Scheiterbauer, Dittenbach 6	ÖVP
16. GR. Karl Faltyn, Jänergasse 17	SPÖ
17. GR. Franz Helmhart, Keppling 10	SPÖ
18. GR. Erwin Weissenböck, Unterwegbach 29	SPÖ
19. GR. Reinhold Jaudas, Schulberg 5	FPÖ
20. GR. Rudolf Mair, Fadingerstr. 27	LF&U
21. GR. Ing. Mag. Andreas Aumayr, Webereistr. 2	LF&U

Ersatzmitglieder:

Ers. Helmut Auinger, Keppling 11 f. GR. Josef Mair	ÖVP
Ers. Helmut Ehrenguber, Imperndorf 6 f. GR. Stefan Leithinger	SPÖ
Ers. Adolf Baschinger, Oberviehbach 8 f. GR. Dietmar Schmutzhart	FPÖ

Entschuldigt:

GR. Josef Mair, Willersdorf 3	ÖVP
GR. Stefan Leithinger, Aschach 5 (Befreiung von der Anwesenheitspflicht lt. GR-Beschluss v. 8.11.2001)	SPÖ
GR. Dietmar Schmutzhart, Marktplatz 8	FPÖ

Unentschuldigt:

GR. Max Petric, Fadingerstr. 16	ÖVP
---------------------------------	-----

Der Leiter des Gemeindeamtes: Amtsleiter OAR. Rudolf Kaltenböck

Der Schriftführer VB. Josef Rabeder

Der Bürgermeister eröffnet sodann um 19.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm, dem Bürgermeister einberufen wurde;
- b) die Verständigung hiezu an alle Mitglieder zeitgerecht am 30.10, 5. u. 6.11.2002 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
- c) die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am 30.10.2002 öffentlich kundgemacht wurde;
- d) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- e) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 19.9.2002 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Gem. § 54 Abs. 3 der OÖ. GemO 1990 idgF werden von den Gemeinderatsfraktionen folgende Personen für die Unterzeichnung der Verhandlungsschrift bekanntgegeben:

ÖVP	GVM. Josef Mayr
SPÖ	GR. Karl Faltyn
FPÖ	GR. Reinhold Jaudas
LF&U	GR. Ing. Mag. Andreas Aumayr

Zuweisungen:

- Gottfried u. Cornelia Kroiß, Inzing 4; Ansuchen um Herstellung eines zweiten Kanalanschlusses – an den Bauausschuss
- Fam. Watzenböck, Keppling 3; Ansuchen um Herstellung eines Kanalanschlusses – an den Bauausschuss
- Haslinger Josef u. Marianne, Grillparz 5; Ansuchen um Staubfreimachung des GW Guggenberg – an den Straßenausschuss
- Christian Ernst, Weidenholz 2; Ansuchen um Herstellung eines Wasseranschlusses – an den Wasserausschuss

Tagesordnung:

- 1) Nachtragsvoranschlag Finanzjahr 2002 – Beratung und Beschlussfassung
- 2) Festsetzung der Steuerhebesätze für das Finanzjahr 2003; Beratung und Beschlussfassung
- 3) Änderung der Kanalanschlussgebührenordnung; Beratung und Beschlussfassung
- 4) Sanierung des Freibades
 - a) Bericht laut Gemeinderatsbeschluss vom 20.06.2002
 - b) Darlehensaufnahme für Anteil förderbare Anlageteile lt. Finanzierungsplan
 - c) Darlehensaufnahme zur Finanzierung der nicht förderbaren Investitionsmaßnahmen
 - d) Aufnahme eines Zwischenfinanzierungsdarlehens
- 5) Erlass des Amtes der o.ö. Landesregierung, Abt. Gemeinden, vom 30.9.2002 betreffend Ö. Stabilitätspakt; verstärkte Stabilitätsorientierung – Kenntnisnahme
- 6) Errichtung von Asphaltstockbahnen – Finanzierungsplan; Beratung und Beschlussfassung
- 7) Bebauungsplan Nr. 14 „Ost II Nord“; Änderung Nr. 11 – Beratung und Beschlussfassung
- 8) Benennung einer öffentlichen Verkehrsfläche – Erlassung einer Verordnung; Beratung und Beschlussfassung
- 9) Widmung einer Straße für den Gemeingebrauch und Einreihung gemäß Oö. Straßengesetz; Beratung und Beschlussfassung
- 10) Erlassung einer Heimordnung für das Alten- und Pflegeheim der Marktgemeinde Waizenkirchen; Beratung und Beschlussfassung

- 11) Grundsätzliche Zustimmung zur Errichtung eines Vereinsheimes mit Turnhalle durch die Union Waizenkirchen auf dem gemeindeeigenen Grundstück Nr. 123 (Hueberstraße 22) und Nr. 175, KG. Waizenkirchen
- 12) Abschluss eines Vertrages mit der Fa. Hehenberger zur Durchführung der Salzstreuung auf der Stroheimer Straße und auf der Aschachtalstraße
- 13) Gemeinderat Stefan Leithinger – Antrag auf Befreiung von der Anwesenheitspflicht an Sitzungen des Gemeinderates
- 14) Allfälliges

Beratung und Beschlussfassung:

Zu Pkt. 1.) der TO.: Nachtragsvoranschlag Finanzjahr 2002 – Beratung und Beschlussfassung

Herr Bürgermeister Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Die Entwicklung während des Finanzjahres 2002 brachte eine Veränderung der Einnahmen und Ausgaben mit sich, die es notwendig machte, einen Nachtrag zum Voranschlag zu erstellen. Trotz der schwierigen Ausgangssituation – bereits vorhandener Abgang in Höhe von € 248.500,-- - ist es gelungen, den ordentlichen Haushalt auszugleichen.

Durch Mehreinnahmen von € 330.000,-- und Mindereinnahmen von € 49.200,-- erhöhten sich die Einnahmen im ordentlichen Haushalt von € 5.352.400,-- auf € 5.633.200,-- und durch Mehrausgaben von € 217.000,-- und Minderausgaben von € 184.700,-- erhöhten sich die Ausgaben im ordentlichen Haushalt von € 5.600.900,-- auf € 5.633.200,--.

An Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt konnten überwiegend nur die zweckgebundenen Interessentenbeiträge veranschlagt werden.

Der Ausgleich beim außerordentlichen Haushalt war nicht bei allen Vorhaben möglich.

Nähere Einzelheiten sind dem Bericht zum Nachtragsvoranschlag und den Begründungen (Seite 46 – 55), die mit vollem Inhalt den Fraktionsobmännern am 24.10.2002 zugestellt wurden, zu entnehmen. Der Entwurf des Nachtragsvoranschlages ist in der Zeit vom 23.10.2002 bis 06.11.2002 öffentlich aufgelegt. Erinnerungen dagegen wurden keine eingebracht.

Eine Änderung der Steuerhebesätze wurde während des Jahres nicht vorgenommen.

Die einzelnen Gruppen weisen folgende Summen aus:

Ordentlicher Nachtragsvoranschlag

	Einnahmen	Ausgaben
0 Vertretungskörper u. allg. Verwaltung	60.300,00	730.000,00
1 Öffentl. Ordnung und Sicherheit	24.500,00	82.600,00
2 Unterricht, Erziehung, Sport u. Wissenschaft	200.800,00	839.700,00
3 Kunst, Kultur u. Kultus	2.700,00	83.400,00
4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	52.700,00	460.700,00
5 Gesundheit	3.000,00	441.300,00
6 Strassen- u. Wasserbau, Verkehr	214.000,00	474.500,00
7 Wirtschaftsförderung	0,00	15.800,00
8 Dienstleistungen	2.324.400,00	2.258.100,00
9 Finanzwirtschaft	2.750.800,00	247.100,00
Summe 0 – 9	€ 5.633.200,00	€ 5.633.200,00

Außerordentlicher Nachtragsvoranschlag

Gruppe	Einnahmen	Ausgaben
163000 Freiw. Feuerwehr Waizenkirchen	9.000,00	9.000,00

212000 Schulbau	410.000,00	410.000,00
240100 Zu- und Umbau Kindergarten	98.600,00	290.300,00
240110 Zu- u. Umbau Kindergarten; Zwischenfinanz.	125.000,00	0,00
262400 SV.Waizenkirchen-Tribüne	6.500,00	6.500,00
612300 Gemeindestraßenausbau	214.400,00	214.400,00
616000 Güterweg Voglhuber	2.400,00	2.400,00
616110 Güterweg Niederndorf	32.700,00	32.700,00
616120 Güterweg Hausleiten	108.400,00	108.400,00
616600 Güterweg Schöfdopler-Auer	16.900,00	16.900,00
616800 Güterweg Stillfüssing	13.100,00	13.100,00
810100 Wasserverband Prambachkirchen u. Umgeb.	1.200,00	1.200,00
817000 Grundkauf Friedhoferweiterung	0,00	41.300,00
831000 Sanierung Freibad	490.000,00	490.000,00
846100 Betreutes Wohnen	0,00	3.400,00
846200 Erweiterung Musikschule BA 02	8.300,00	8.300,00
850000 Wasserversorgungsanlage	18.600,00	18.600,00
851100 Abwasserbeseitigung – Sanierung	19.500,00	19.500,00
851200 Abwasserbeseitigung BA 06	58.100,00	58.100,00
851910 RHV Aschachtal BA-01	51.400,00	51.400,00
851920 RHV Aschachtal BA-02	1.500,00	1.500,00
851930 RHV Aschachtal BA-03	1.700,00	1.700,00
851940 RHV Aschachtal BA-04	4.400,00	4.400,00
851950 Zwischenkredit RHV Aschachtal BA-01	36.300,00	36.300,00
859000 Altenheim	36.300,00	36.300,00
900100 Zwischenkredit GW Schöfdopler-Auer	14.500,00	14.500,00
Summe €	1.778.800,00	€ 1.890.200,00

Fehlbedarf € 111.400,00

Der Gemeindevorstand führte in seiner Sitzung am 28. Oktober 2002 die Vorberaterung des Nachtragsvoranschlages durch. Es wurde beschlossen, dem Gemeinderat die Genehmigung des vorliegenden Entwurfes zu empfehlen.

Herr Bürgermeister Ing. Dopler stellt daher den

Antrag

der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Nachtragsvoranschlag 2002 wird

- A. im ordentlichen Nachtragsvoranschlag
in den Einnahmen mit € 5.633.200,00
(gegenüber € 5.352.400,00 Einnahmen im ordentl. Voranschlag)
in den Ausgaben mit € 5.633.200,00
(gegenüber € 5.600.900,00 Ausgaben im ordentl. Voranschlag)
- B. im außerordentlichen Nachtragsvoranschlag
in den Einnahmen mit € 1.778.800,00
(gegenüber € 259.700,00 Einnahmen im außerordentlichen Voranschlag)
in den Ausgaben mit € 1.890.200,00
(gegenüber € 287.700,00 Ausgaben im außerordentlichen Voranschlag) festgesetzt.“

Debatte:

Herr GR. Faltyn stellt gem. § 76 Abs. 2 OÖ. GemO den Antrag, dass so wie in der Vergangenheit alle Mitglieder des Gemeinderates wieder einen Voranschlagsentwurf mit der Einladung zur

Zu Pkt. 3.) der TO.: Änderung der Kanalanschlussgebührenordnung; Beratung und Beschlussfassung

Herr Bürgermeister Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Mit Erlass vom 29.11.1995, Gem-80099/410-1995-SE hat das Amt der öö. Landesregierung den Gemeinden aufgetragen, die Mindestanschlussgebühren jeweils per 1.1. eines jeden Jahres im Ausmaß der Steigerung des Verbraucherpreisindex in den vergangenen 12 Monaten anzupassen. Die Indexsteigerung im Beobachtungszeitraum vom 1.1.1995 bis 31.12.2002 beträgt rund 15,45 % (VPI 1986 am 1.1.1995 126,9 – VPI 1986 Schätzung Dez. 2002 146,5 = 15,45 % Erhöhung). Ausgangsbasis 1.1.1995 Mindestanschlussgebühr S 30.000,-- plus 15,45 % = S 34.635,-- entspricht € 2.517,02 – aufgerundet € 2.520,--. Der Gemeindevorstand befasste sich in seiner Sitzung am 28.10.2002 mit der gegenständlichen Angelegenheit.

Es wird vorgeschlagen, entsprechend der aufsichtsbehördlichen Vorgaben die Kanalanschlussgebühren anzuheben und die Kanalanschlussgebührenordnung wie folgt abzuändern:

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

„V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Marktgemeinde Waizenkirchen vom 07.11.2002, mit der die Kanal-Anschlussgebühr (Kanalanschlussgebührenordnung) für die Marktgemeinde Waizenkirchen abgeändert wird.

Aufgrund des Interessentenbeiträge-Gesetzes 1958, LGBl.Nr. 28 i.d.g.F. wird verordnet:

Die Verordnung des Gemeinderates der Marktgemeinde Waizenkirchen vom 18.12.1989 i.d.g.F., betreffend die Kanal-Anschlussgebühr (Kanalanschlussgebührenordnung) für die Marktgemeinde Waizenkirchen wird wie folgt abgeändert:

I.

§ 2 Abs. 1 hat zu lauten:

Die Kanalanschlussgebühr errechnet sich aus der Gebühr nach der Verrechnungsfläche sowie Zu- und Abschlägen und beträgt pro bebautem Grundstück mindestens € 2.520,00.

§ 2 Abs. 2 hat zu lauten:

Für unbebaute Grundstücke beträgt die Kanalanschlussgebühr € 2.520,00.

§ 2 Abs. 3 hat zu lauten:

Die Kanalanschlussgebühr nach der Verrechnungsfläche beträgt bei einer Einmündungsstelle in den öffentlichen Kanal je Quadratmeter der Bemessungsgrundlage nach Abs. (4) € 16,80.

§ 2 Abs. 6 hat zu lauten:

Neben der Gebühr (§ 2 Abs. 3) ist bei den in diesem Absatz angeführten Betrieben ein Zuschlag nach Art des Betriebes zu leisten. Die Höhe des Zuschlages beträgt € 630,00 pro Einwohnergleichwert (= EGW = Belastungseinheit = BLE). Je ein Einwohnergleichwert ergibt sich bei Anwendung folgender Bemessungsgrundlagen:

a. bei Gast- und Schankbetrieben, einschließlich Buffets:

- i. je 20 Quadratmeter Nutzfläche der Räumlichkeiten, die den Gästen zum Aufenthalt für die Einnahme der Speisen und Getränke dienen, ausgenommen Säle.
- ii. je 60 Quadratmeter Nutzfläche von Gasthaussälen, bzw. größeren Räumlichkeiten, die nur bei großen Veranstaltungen Verwendung finden. Diese Bemessungsgrundlage ist auch für andere Säle, die für Massenveranstaltungen dienen, anzuwenden.

- b. bei Fremdenbeherbergungsbetrieben:
je 6 Fremdenbetten; jedoch nur bei Betrieben, die keinen Gast- und Schankbetrieb angeschlossen haben.
- c. bei Ärzten, Tierärzten und Dentisten:
je 15 m² Nutzungsraum der Ordination, Wartezimmer und Bestrahlungsräume.
- d. in Tonkinobetrieben:
1 Einwohnerequivalent
- e. bei Schulen, Kindergärten und Bildungsheimen:
je 10 Schüler, Kleinkinder und Teilnehmer. Hierbei ist bei Bildungsheimen eine Durchschnittsziffer aus der Teilnehmerzahl des abgelaufenen Kalenderjahres zu errechnen.
- f. bei Molkereien:
je 150 Liter Milch pro Tag, die nicht zur Verarbeitung von Butter, Topfen oder Käse bestimmt ist (Frischmilchmolkerei), je 50 Liter Milch pro Tag, die für die Verarbeitung zu Butter, Topfen oder Käse verwendet wird. Die Tagesmenge ist aus dem Jahresdurchschnitt des abgelaufenen Kalenderjahres zu ermitteln.
- g. bei Fleischhauereibetrieben:
je 1 Großtier (Rind, Pferd) pro 14 Tage
je 1 Kleintier (Schwein, Schaf, Ziege) pro Woche.
Die Berechnungsgrundlage ist aus dem Durchschnitt der Schlachtungen des abgelaufenen Kalenderjahres zu ermitteln, wobei bei Großtieren die Jahressummen durch 26 und bei Kleintieren durch 52 zu dividieren ist.
- h. bei Herstellern alkoholfreier Getränke:
je 200 Hektoliter pro Jahr, im Betrieb befindliche Lieferautos sind inbegriffen.
- i. bei Fuhrwerksunternehmen und Betrieben, die Lastkraftwagen betreiben:
je zwei Lastkraftwagen.
- j. bei Taxiunternehmen:
je zwei Personenkraftwagen, einschließlich der Autobusse bis zu 9 Sitzplätzen (mit Lenker).
- k. bei Tankstellen:
je Tankstelle
- l. bei Auto- und Waggonwaschstellen:
je halben Waschplatz (1 Waschplatz 2 EGW).
- m. bei Freibädern:
je 800 Besuchern jährlich. Die Bemessungsgrundlage ist aus der Besucherzahl des abgelaufenen Kalenderjahres zu ermitteln.

§ 2 Abs. 7 hat zu lauten:

Bei der Ermittlung der Einwohnerequivalente sind angefangene Bemessungsgrundlagen nur dann als ein Einwohnerequivalent zu berechnen, wenn sie mehr als die Hälfte des Erfordernisses betragen; ansonsten sind sie unberücksichtigt zu lassen. Neben der Gebühr (§ 2, Abs. 3) ist bei den in diesem Absatz angeführten Betrieben ein Zuschlag nach der Anzahl der Beschäftigten zu entrichten. Die Entrichtung eines Zuschlages nach der Anzahl der Beschäftigten entfällt, wenn für den Betrieb ein Zuschlag nach der Art des Betriebes (§ 2 Abs. 6) zu entrichten ist. Der Zuschlag nach der Anzahl der Beschäftigten wird nach Einwohnerequivalenten (= EGW) ermittelt. Für nachstehende Betriebe sind folgende Einwohnerequivalente der Berechnung zugrunde zu legen:

- n. bei Bäckereien:
pro Beschäftigten ausschließlich des mittätigen Firmeninhabers 1 EGW (BLE)
- o. bei Friseuren:
pro Beschäftigten ausschließlich des mittätigen Firmeninhabers 1 EGW (BLE)

p. <u>bei Konditoreien:</u>
pro Beschäftigten in der Erzeugung einschließlich Firmeninhaber	1,5 EGW (BLE)
q. <u>bei Fabriken und Werkstätten:</u>
mit Spülaborten und Waschanlagen je 4 Betriebsangehörigen	1 EGW (BLE)
r. <u>mit Spülaborten, Wasch- und Badeanlagen:</u>
je 3 Betriebsangehörigen	1 EGW (BLE)
s. <u>bei Fabriken und Werkstätten:</u>
mit Spülaborten, Wasch- und Badeanlagen und Küchenbetrieb
je 2 Betriebsangehörigen	1 EGW (BLE)
t. <u>für Büros und Geschäftshäuser, Handwerks- und Kleingewerbebetrieben, sofern nicht eine eigene Bemessungsgrundlage festgesetzt ist:</u>
je 4 Betriebsangehörige	1 EGW (BLE)

Betriebsangehörige, die im gleichen Hause wohnen, wo sich der Betrieb befindet, werden nicht mitgezählt. Der Zuschlag pro Einwohnergleichwert beträgt € 630,00.

§ 2 Abs. 10 hat zu lauten:

Die Kanalanschlussgebühr für bestehende landwirtschaftliche Liegenschaften beträgt pro Wohngeschoß € 2.520,00, wobei im Ermittlungsverfahren die tatsächliche Wohnnutzfläche zum Zeitpunkt der Anschlussherstellung genau zu ermitteln ist. Stallungen und Wirtschaftsgebäude sind von der Berechnung ausgenommen.

§ 2 Abs. 11 hat zu lauten:

Bei Änderung - Vergrößerung der Wohnnutzfläche - einer landwirtschaftlichen Liegenschaft durch Neu-, Zu- oder Umbau des Wohngebäudes oder Änderung der Widmungsart bzw. des Verwendungszweckes ist eine ergänzende Kanalanschlussgebühr von € 16,80 je Quadratmeter in dem Umfang zu entrichten, als gegenüber dem bisherigen Zustand eine Vergrößerung der Berechnungsgrundlage nach Abs. 10 bzw. die Mindestgebühr gegeben ist.

II.

Die Wirksamkeit dieser Verordnung beginnt mit 1. Jänner 2003."

Debatte:

Herr GVM. Hebertinger berichtet, dass sich jetzt wahrscheinlich bei einigen die Frage aufdrängt, ob die Wasserleitungsanschlussgebühren auch erhöht werden. Er erklärt jedoch, dass dies nicht notwendig ist.

Herr GR. Aumayr stellt die Frage, ob in den letzten 15 Jahren keine Erhöhung vorgenommen wurde.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Erhöhungen seit 1995 jährlich um die Indexsteigerung vorgenommen wurden.

A b s t i m m u n g

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 4.) der TO.: Sanierung des Freibades

a) Bericht lt. Gemeinderatsbeschluss vom 20.6.2002

Der Bürgermeister berichtet, dass beim Freibad schon fleißig gearbeitet wird. Seit der letzten Gemeinderatssitzung hat es eine Ausschreibung gegeben und zwar die Lieferung und Pflanzung der Bäume und Sträucher. Die Ausschreibung hat die Abt. Landschaftsbau beim Amt der öö. Landesregierung durchgeführt. Es wurden 6 Anbote eingeholt, der Bestbieter war die Fa. Ranseder aus Antiesenhofen mit einer Auftragssumme von € 2.738,40. Vom Beach-Volleyball-Platz bis zu den Becken ist nun alles fertig mit Ausnahme der Raseneinsaat. Diese war wegen des Wetters nicht mehr möglich.

Weiters ist eine Kostenschätzung von den Hochwasserschäden im Freibad durchgeführt worden. Diese ergab € 42.742,32 und wurde an den Katastrophenfonds beim Land OÖ. weitergeleitet. Nach Auskunft der Bauleitung kann trotz des schlechten Wetters der Bauzeitplan eingehalten werden.

Nächste Woche wird bereits mit dem Einbau des Edelstahlbeckens begonnen.

Anfang Dezember soll auch der Umbau des Technikraumes fertig sein.

Der Bürgermeister stellt weiters noch die Firmenliste der an der Freibadsanierung beteiligten Firmen vor. Er stellt fest, dass darauf geachtet wurde, dass möglichst viele Firmen aus der Region berücksichtigt werden.

Debatte:

Herr GR. Helmhart stellt die Anfrage, ob zur Abdeckung der Hochwasserschäden von Versicherungen Leistungen zu erwarten sind.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies nicht der Fall ist, es sind nur Zahlungen vom Katastrophenfonds zu erwarten.

b) Darlehensaufnahme auf Anteil förderbare Anlageteile lt. Finanzierungsplan

Herr Bürgermeister Ing. Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Zur Finanzierung der förderbaren Anlageteile ist laut Finanzierungsplan die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von € 150.000,-- vorgesehen. Die Laufzeit soll 15 Jahre betragen, wobei als Tilgungsbeginn der 01.06.2003 festgelegt wurde.

Zur Darlehens-Anbotlegung wurden die Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen, die Raiffeisenbank Prambachkirchen und die P.S.K. Wien eingeladen. Die Anboteröffnung erfolgte bei der Gemeindevorstandssitzung am 28.10.2002 und erbrachte folgendes Ergebnis:

Raiffeisenbank Prambachkirchen	SMR-Bindung	0,12 % Abschlag
	EURIBOR	0,875 % Aufschlag
Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen	SMR-Bindung	0,26 % Abschlag
	EURIBOR	0,60 % Aufschlag
P.S.K. Wien	SMR-Bindung	-/+ 0,00 %
	EURIBOR	0,12 % Aufschlag

Der Zinssatz aus heutiger Sicht bei SMR-Bindung beträgt daher bei der Raiffeisenbank 4,23 %, bei der Sparkasse 4,10 % und bei der P.S.K. 4,36 % p.a. dekursiv.

Für diese Darlehensaufnahme wurde mit Erlass vom 29.07.2002, AZ. Gem-311139/240-2002-Mt (Finanzierungsplan) die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Der Gemeindevorstand schlägt wegen der längeren Darlehenslaufzeit eine SMR-Bindung und nicht EURIBOR-Bindung vor bzw. empfiehlt die Aufnahme des Darlehens bei der Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen.

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Marktgemeinde Waizenkirchen nimmt bei der Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen ein Darlehen in Höhe von € 150.000,-- zu den im Anbot vom 23.10.2002 gemachten Bedingungen, variable Verzinsung während der gesamten Laufzeit von 15 Jahren, Bindung an SMR mit 0,26 % Abschlag, derzeit 4,10 % p.a. dekursiv auf. Ein entsprechender Darlehensvertrag ist abzuschließen.

Der vorliegende Darlehensurkunden-Entwurf wird vollinhaltlich zur Kenntnis genommen.“

Abstimmung

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

c) Darlehensaufnahme zur Finanzierung der nicht förderbaren Investitionsmaßnahmen

Herr Bürgermeister Ing. Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Zur Finanzierung der nicht förderbaren Investitionsmaßnahmen wurde mit Gemeinderatsbeschluss vom 19.09.2002 die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von € 300.000,-- vorgesehen. Die Laufzeit soll 15 Jahre betragen, wobei als Tilgungsbeginn der 01.06.2004 festgelegt wurde.

Zur Darlehens-Anbotlegung wurden die Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen, die Raiffeisenbank Prambachkirchen und die P.S.K. Wien eingeladen. Die Anboteröffnung erfolgte bei der Gemeindevorstandssitzung am 28.10.2002 und erbrachte folgendes Ergebnis:

Raiffeisenbank Prambachkirchen	SMR-Bindung	0,21 % Abschlag
	EURIBOR	0,875 % Aufschlag
Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen	SMR-Bindung	0,26 % Abschlag
	EURIBOR	0,60 % Aufschlag
P.S.K. Wien	SMR-Bindung	-/+ 0,00 %
	EURIBOR	0,12 % Aufschlag

Der Zinssatz aus heutiger Sicht bei SMR-Bindung beträgt daher bei der Raiffeisenbank 4,14 %, bei der Sparkasse 4,10 % und bei der P.S.K. 4,36 % p.a. dekursiv.

Für diese Darlehensaufnahme ist die aufsichtsbehördliche Genehmigung erforderlich.

Der Gemeindevorstand schlägt wegen der längeren Darlehenslaufzeit eine SMR-Bindung und nicht EURIBOR-Bindung vor bzw. empfiehlt die Aufnahme des Darlehens bei der Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen.

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Marktgemeinde Waizenkirchen nimmt bei der Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen ein Darlehen in Höhe von € 300.000,-- zu den im Anbot vom 23.10.2002 gemachten Bedingungen, variable Verzinsung während der gesamten Laufzeit von 15 Jahren, Bindung an SMR mit 0,26 % Abschlag, derzeit 4,10 % p.a. dekursiv auf. Ein entsprechender Darlehensvertrag ist abzuschließen und zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung vorzulegen.

Der vorliegende Darlehensurkunden-Entwurf wird vollinhaltlich zur Kenntnis genommen.“

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.
 Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
 (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen
 (B) für den Antrag: 24 Mitglieder.
 Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

d) Aufnahme eines Zwischenfinanzierungsdarlehens

Herr Bürgermeister Ing. Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Zur Vorfinanzierung der Landes-Förderungsmittel 2003 und 2004 ist die Aufnahme eines Zwischenfinanzierungsdarlehens in Höhe von € 400.000,-- vorgesehen. Als Darlehenslaufzeit ist die Endfälligkeit bis 30.06.2004 vorgesehen.

Zur Darlehens-Anbotlegung wurden die Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen, die Raiffeisenbank Prambachkirchen und die P.S.K. Wien eingeladen. Die Anboteröffnung erfolgte bei der Gemeindevorstandssitzung am 28.10.2002 und erbrachte folgendes Ergebnis:

Raiffeisenbank Prambachkirchen	SMR-Bindung	+/- 0,00 %
	EURIBOR	0,45 % Aufschlag
Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen	SMR-Bindung	0,26 % Abschlag
	EURIBOR	0,60 % Aufschlag
P.S.K. Wien	SMR-Bindung	-/+ 0,00 %
	EURIBOR	0,12 % Aufschlag

Der Zinssatz aus heutiger Sicht bei EURIBOR-Bindung beträgt daher bei der Raiffeisenbank 3,83 %, bei der Sparkasse 3,98 % und bei der P.S.K. 3,50 % p.a. dekursiv.

Für diese Darlehensaufnahme ist die aufsichtsbehördliche Genehmigung erforderlich.

Der Gemeindevorstand schlägt wegen der kurzen Darlehenslaufzeit die derzeit günstigere EURIBOR-Bindung vor bzw. empfiehlt die Aufnahme des Darlehens bei der P.S.K.

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Marktgemeinde Waizenkirchen nimmt bei der P.S.K. Wien ein Zwischenfinanzierungsdarlehen in Höhe von € 400.000,-- zu den im Anbot vom 15.10.2002 gemachten Bedingungen, variable Verzinsung, Bindung an 6-Monats-EURIBOR mit 0,12 % Aufschlag, derzeit 3,50 % halbjährlich dekursiv auf. Ein entsprechender Darlehensvertrag ist abzuschließen und zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung vorzulegen.

Der vorliegende Darlehensurkunden-Entwurf wird vollinhaltlich zur Kenntnis genommen.“

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.
 Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
 (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen
 (B) für den Antrag: 24 Mitglieder.
 Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 5.) der TO.: Erlass des Amtes der O.ö. Landesregierung, Abt. Gemeinden vom 30.9.2002 betreffend Ö.Stabilitätspakt; verstärkte Stabilitätsorientierung – Kenntnisnahme

Herr Bürgermeister Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Nach § 16 der Oö. Gemeindehaushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung – Oö. GemHKRO, LGBl. Nr. 69/2002, sind die Gemeinden verpflichtet, erstmalig gemeinsam mit dem Voranschlag für das Jahr 2003 einen mittelfristigen Finanzplan für einen Zeitraum von vier Finanzjahren zu erstellen und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen. Der mittelfristige Finanzplan besteht aus dem mittelfristigen Einnahmen- und Ausgabenplan und dem mittelfristigen Investitionsplan.

Der Erlass des Amtes der Oö. Landesregierung, Abteilung Gemeinden vom 30. Sept. 2002, AZ. Gem-21138/215-2002-JI/Pü wurde den in Kopie den vier Fraktionsobmännern übermittelt bzw. liest Herr Bgm. Ing. Dopler diesen vollinhaltlich vor.

Er stellt daraufhin den

A n t r a g .

der Gemeinderat möge beschließen:

„Der Erlass des Amtes der Oö. Landesregierung, Abteilung Gemeinden, vom 30.9.2002, AZ.: Gem-021138/215-2002-JI/Pü wird vollinhaltlich zur Kenntnis genommen.“

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 6.) der TO.: Errichtung von Asphaltstockbahnen – Finanzierungsplan; Beratung und Beschlussfassung

Herr Bürgermeister Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Das Amt der Oö. Landesregierung, Gemeindeabteilung hat mit Erlass vom 14. Oktober 2002, Zl. Gem-311139/272-2002-Han der Marktgemeinde Waizenkirchen für die Errichtung von Asphaltstockbahnen eine Finanzierungsdarstellung bekanntgegeben.

Gleichzeitig wird – unter der Voraussetzung, dass der Gemeinderat einen der angeführten Finanzierungsdarstellung entsprechenden Finanzierungsplan beschließt – die Genehmigung gemäß § 86 der Oö. Gemeindeordnung 1990 erteilt.

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 28.10.2002 die Angelegenheit vorberaten und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung des vorliegenden Finanzierungsplanes.

A n t r a g .

der Gemeinderat möge beschließen:

„Entsprechend der Finanzierungsdarstellung des Amtes der Oö. Landesregierung, Abteilung Gemeinden vom 14. Okt. 2002, Zl. Gem-311139/272-2002-Han wird für die Jahre 2002 und 2003 für die Errichtung von Asphaltstockbahnen folgender Finanzierungsplan beschlossen:

Bezeichnung der Finanzierungsmittel	bis 2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Gesamt in EURO
Rücklagen								0
Anteilsbetrag o.H.								0
Dachverband ASVÖ	0	10.000						10.000
Eigenmittel ESV	0	12.000	40.000					52.000
(Förderungs-) Darlehen								0
(Bank-)Darlehen								0
Sonstige Mittel								0
Bundeszuschuss								0
Landeszuschuss	0	12.000	15.000					27.000
Bedarfszuweisung	0	14.535	12.465					27.000
								0
Summe in EURO	0	48.535	67.465	0	0	0	0	116.000

Abstimmung

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.
 Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
 (A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen
 (B) für den Antrag: 24 Mitglieder.
 Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 7.) der TO.: Bebauungsplan Nr. 14 „Ost II Nord“; Änderung Nr.11 – Beratung und Beschlussfassung

Herr GVM. Rudolf Hinterberger berichtet namens des Ausschusses für Raumplanung, Ortsentwicklung und Landwirtschaft:

Das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 14 „Ost II Nord“, Änderung Nr. 11 ist soweit abgeschlossen. Der Einleitungsbeschluss für diese Änderung wurde in der Gemeinderats-sitzung am 22.3.2001 gefasst.

Gemäß den Bestimmungen des Oö. Raumordnungsgesetzes 1994 i.d.g.F. wurde mit Verständigung vom 28.6.2002 dem Amt der Oö. Landesregierung sowie den übrigen, hiefür vorgesehenen Dienststellen, den Grundeigentümern und den betroffenen Nachbarn Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Kundmachung an der Amtstafel erfolgte in der Zeit zwischen 2.7.2002 und 4.9.2002. Die Stellungnahmen konnten bis 2.9.2002 abgegeben werden. Stellungnahmen wurden abgegeben vom Amt der oö. Landesregierung, der Energie AG., der OÖ. Ferngas AG., den Ehegatten Johann und Aloisia Sageder sowie deren Sohn Johann Sageder jun., Waizenk., Brandhof 13, Herrn Josef Kaiserseder, Waizenk., Brandhof 12, Frau Hildegard Mayr, Waizenk., Brandhof 1, den Ehegatten Peter und Sandra Strasser, Waizenk., Meindlstraße 10, den Ehegatten Karl und Helga Loy, Waizenk., Fadingerstraße 9 sowie gemeinsam von den Ehegatten Alois und Monika Weiß, Waizenk., Brandhof 9, Friedrich Strasser und Sabine Auer, Waizenk., Hoch-

scharten 14. Die Stellungnahmen wurden dem Ortsplaner zur Überarbeitung übermittelt. Die Energie AG. sowie die OÖ. Ferngas AG. haben grundsätzlich keine Einwände gegen die Änderung des Bebauungsplanes. Hinweise in ihren Stellungnahmen werden bei Realisierung von Bauvorhaben berücksichtigt.

Den Einwendungen der Ehegatten Johann und Aloisia Sageder, sowie deren Sohn Johann Sageder jun. wird teilweise stattgegeben, für die Liegenschaft Brandhof 13 wird nunmehr die Dorfgebietswidmung vorgesehen. In den ersten Entwürfen des Bebauungsplanes war noch die Wohngebietswidmung laut damals rechtskräftigem Flächenwidmungsplan vorgesehen. Inzwischen ist jedoch eine Änderung in der Widmung für die Liegenschaft Brandhof 13 im Zuge der Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes von Wohngebiet in Dorfgebiet erfolgt. Weiters entsprochen wird der Einwendung, die beiden, an das landwirtschaftl. Objekt Brandhof 13 angrenzenden bebaubaren Flächen aus dem Bebauungsplan wieder herauszunehmen um Konflikte zwischen Wohnnutzung und landwirtschaftl. Nutzung zu vermeiden. Nicht entsprochen wird den Einwendungen hinsichtlich Aufschließung des Grundstückes Nr. 42/3, KG.Waizenkirchen durch das öffentliche Gut und Vergrößerung der bebaubaren Fläche bei der Liegenschaft Brandhof 13. In der Bebauungsplan-Änderung erfolgte ohnehin eine Vergrößerung der bebaubaren Fläche gegenüber dem derzeit rechtskräftigen Bebauungsplan und an der Aufschließung durch das öffentl. Gut wird keine Änderung mehr vorgenommen.

Die Einwendungen des Herrn Josef Kaiserseder werden ebenfalls abgewiesen. Ein Straßenbau über seine Grundstücke wird ohnehin erst relevant, wenn er selbst das Grundstück parzellieren lässt.

Der Einwendung der Frau Hildegard Mayr wird nicht entsprochen, um eine ordnungsgemäße Bebauung des Grundstückes Nr. 36/1 und Baufl. Nr. 9 zu gewährleisten, ist die geplante Darstellung im Bebauungsplan vorgesehen.

Den Einwendungen der Ehegatten Peter und Sandra Strasser, Alois und Monika Weiß, Friedrich Strasser und Sabine Auer wird nicht stattgegeben. Die im Bebauungsplan geplante Aufschließung wird beibehalten. Es dürfen nicht Sackgassen errichtet werden, die für die Müllabfuhr sowie Einsatzfahrzeuge etc. wieder Schwierigkeiten bedeuten.

Der Einwendung der Ehegatten Karl und Helga Loy bezüglich Aufhebung des Punktes 18 der Legende – die Bebauung der mit (1) bezeichneten Bauplätze ist erst nach Beendigung der landwirtschaftlichen Nutzung der Parz.Nr.1326 gestattet – wird entsprochen. In diesem Zusammenhang wird auch der Stellungnahme des Amtes der Oö. Landesregierung entsprochen, aus der hervorgeht, dass die Bestimmung Nr. 18, welche die Inanspruchnahme mit der Nr. 1 bezeichneten Flächen regeln soll, rechtlich nicht zulässig ist. Es wird daher für diesen Grundstücksteil die bebaubare Fläche herausgenommen.

Nachdem nun der Bebauungsplan Nr. 14, Änderung Nr. 11 in einer anderen Form beschlossen werden soll, als er im verkürzten Verfahren aufgelegt ist, wurden die Ehegatten Karl und Helga Loy als Betroffene zur geänderten Form noch einmal befragt. Die Ehegatten Loy sind mit der nunmehrigen Darstellung wie sie im Plan des Arch. Dipl. Ing. Dr. Englmaier vom 22.10.2002 vorgesehen ist, einverstanden.

Der Ausschuss für Raumplanung, Ortsentwicklung und Landwirtschaft befasste sich in seiner Sitzung am 12.9.2002 mit der Vorberatung der gegenständlichen Angelegenheit und Herr GVM. Rudolf Hinterberger stellt daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

„V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Marktgemeinde Waizenkirchen vom 7.11.2002 betreffend die Änderung Nr. 11 des Bebauungsplanes Nr. 14 „Ost II Nord“.

Gemäß § 36 des Oö. Raumordnungsgesetzes 1994 i.d.g.F. wird die Änderung Nr. 11 des Bebauungsplanes Nr. 14 nach Maßgabe des vorliegenden Änderungsplanes des Arch. Dipl. Ing. Dr. Englmaier, vom 10.11.2000, zuletzt geändert am 22.10.2002, beschlossen.“

Debatte:

Herr GR. Helmhart stellt fest, dass die Angelegenheit eigentlich im Raumordnungsausschuss behandelt wurde und dort aber festgelegt wurde, dass eine Stichstraße mit Umkehrplatz errichtet wird. Nun wurde diese Empfehlung wieder umgedreht und deshalb wird die SPÖ-Fraktion gegen den Antrag stimmen.

Der Bürgermeister erklärt, dass er dem Ausschussergebnis nicht ganz folgen kann, da er es so verstanden, dass nur unklar war, ob die Straße gebaut wird oder nicht. Es gab auch im alten Bebauungsplan schon die Verbindungsstraße und man darf sich einfach jetzt die Chance für einen durchgehenden Ausbau nicht vertun.

Herr GR. Helmhart erklärt, dass im Ausschuss aber beschlossen wurde, als Kompromißlösung die Stichstraße anzubieten, um den Einwendungen zu begegnen.

Herr GVM. Hinterberger sieht die im jetzigen Plan dargestellte Verbindungsstraße als Absicherung für die Gemeinde, wenn die oberen Parzellen bebaut werden, denn dann muß auch eine Aufschließung erfolgen.

Herr GR. Helmhart sieht jedoch nicht ein, dass die Ausschussarbeit dauernd umgedreht wird.

Herr GR. Mair Rudolf erklärt, dass im Ausschuss zwar davon geredet wurde, dass momentan nur für eine Stichstraße Bedarf herrscht, aber man langfristig die Durchfahrtsmöglichkeit für eine bessere Verkehrsverteilung nicht vertun darf.

Herr GVM. Mayr erklärt, dass er im Ausschuss zwar nicht dabei ist und die Einzelheiten daher nicht genau kennt, er aber auch für eine durchgehende Verbindung ist, wenigstens auf dem Bebauungsplan. Sollte die Straße benötigt werden, muss der Grund abgetreten werden. Wenn man sie jetzt nicht vorsieht, bekommt man mit Sicherheit nachher keinen Grund mehr.

Wenn die Straße gebaut wird, ist ohnehin wieder ein Gemeinderatsbeschluss notwendig.

Herr Bgm. Ing. Dopler erklärt anhand von Overhead-Folien nochmals die Sachlage.

A b s t i m m u n g

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 19 Mitglieder 8 (ÖVP-, FPÖ- und LF&U-Fraktion),

(C) gegen den Antrag: 5 Mitglieder (SPÖ-Fraktion).

Der Antrag wird somit mit Stimmenmehrheit zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 8.) der TO.: Benennung einer öffentlichen Verkehrsfläche – Erlassung einer Verordnung

Herr GVM Josef Mayr berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Auf den Dichtlgründen soll bereits in naher Zukunft gebaut werden. Es ist daher notwendig die Aufschließungsstraßen zu benennen.

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 18.10.2002 darüber beraten.

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

„V e r o r d n u n g

des Gemeinderates der Marktgemeinde Waizenkirchen vom 07.11.2002 über die Benennung öffentlicher Verkehrsflächen.

Aufgrund der Bestimmung des § 10 Abs. 1 Oö. Straßengesetz 1991, LGBl.Nr. 84/1991 idGF in Verbindung mit §§ 40 Abs. 2 Z. 4 und 43 Abs. 1 der Oö. Gemeindeordnung 1990, LGBl.Nr. 91/1990, wird i.d.g.F verordnet:

§ 1

Die über das nachstehend angeführte Grundstück führende öffentliche Verkehrsfläche werden entsprechend den einen Bestandteil dieser Verordnung bildenden Lageplan wie folgt bezeichnet:

Grundstück Nr.	Im Lageplan bezeichnet und Farbe	künftige Bezeichnung	Beginn	Ende
1537/4	gelb	<u>Wegbachstraße</u>	Michaelnbach-Stauff Landesstraße	Parz.Nr. 1541 und 1537/3

§ 2

Diese Verordnung wird gemäß § 94 Abs. 2 Oö. Gemeindeordnung mit dem Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungfrist folgenden Tag rechtswirksam.“

Abstimmung

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.
Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:
(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 22, davon stimmen
(B) für den Antrag: 22 Mitglieder.
Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Die Herren GVM. Degeneve u. GR. Faltyn waren während der Beratung und Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Zu Pkt. 9.) der TO.: Widmung einer Straße für den Gemeingebrauch und Einreihung gem. OÖ. Straßengesetz; Beratung und Beschlussfassung

Herr GVM. Josef Mayr berichtet namens des Gemeindevorstandes, dass für die Aufschließung der Dichtlgründe von der Gemeinde ua. auch eine Straße zu errichten ist.
Die Vermessung wurde vom Büro DI. Loidolt bereits durchgeführt und das Vermessungsoperat der Gemeinde übermittelt.
Nach den Bestimmungen des OÖ. Straßengesetzes ist diese Straße dem Gemeingebrauch zu widmen und in die Straßengattung „Gemeindestraßen“ einzureihen.
Dazu ist vom Gemeinderat nachstehende Verordnung zu erlassen.
Er stellt daher den

Antrag

der Gemeinderat möge beschließen:

Verordnung

des Gemeinderates der Marktgemeinde Waizenkirchen vom 7.11.2002 betreffend der Widmung der Aufschließungsstraße Dichtlgründe (neu: Wegbachstraße) für den Gemeingebrauch und die Einreihung in die Straßengattung "Gemeindestraßen".

Aufgrund der Bestimmungen des § 8, Abs. 2, Z.3 und § 11, Abs. 1 und 3 des OÖ. Straßengesetzes 1991, LGBl.Nr. 84 idGF, in Verbindung mit dem § 40, Abs. 2 Z.4 und § 43, Abs. 1 der OÖ. Gemeindeordnung 1990, LGBl.Nr. 91/1990 idGF, wird verordnet:

§ 1

Die im beiliegenden Lageplan gelb gekennzeichnete Trasse der Aufschließungsstraße Dichtlgründe (neu: Wegbachstraße) wird als öffentl. Gut der Gemeinde dem Gemeingebrauch gewidmet und in die Straßengattung „Gemeindestraßen“ eingereiht.

§ 2

Der im Lageplan orange gekennzeichnete Teil des öffentl. Gutes Parz.Nr. 1537/4, KG. Waizenkirchen wird als öffentl. Gut der Gemeinde aufgelassen, da dieses für den Gemeingebrauch entbehrlich geworden ist.

§ 3

Die genaue Lage und Ausdehnung der Straßen ist aus dem Lageplan im Maßstab 1:1000 zu ersehen, der beim Gemeindeamt während der Amtsstunden von jedermann eingesehen werden kann.“

§ 4

Diese Verordnung wird gem. § 94 der OÖ. GemO 1990 durch zwei Wochen kundgemacht und wird mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag rechtswirksam.“

Debatte:

Herr GVM. Hebertinger ist zwar grundsätzlich für den Antrag, es ist aber sicher unmöglich, die Aufschließungsstraße zum Grundstück Höckner so zu bauen, wie sie eingezeichnet ist. Der Bürgermeister erklärt, dass nur eine Ausfahrt auf die Michaelnbach-Stauff-Landesstraße genehmigt wird und daher die bisherige Aufschließung verlegt werden musste. Die Trassenführung wurde an das Grundstück der Fa. Billa angepasst und weist daher jetzt 2 Kurven auf. Dies kann sich jedoch bei einem weiteren Grundstücksverkauf noch ändern. Es wird zum Grundstück Höckner auch vorerst keine Straße gebaut.

Abstimmung

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 10.) der TO.: Erlassung einer Heimordnung für das Alten- und Pflegeheim der Marktgemeinde Waizenkirchen; Beratung und Beschlussfassung

Herr Gemeindevorstand Wolfgang Degeneve berichtet namens des Ausschusses für Sozialangelegenheiten, Kindergarten und Schulen:

Gemäß § 20 der O.ö. Alten- und Pflegeheimverordnung hat die Marktgemeinde Waizenkirchen als Heimträger des Alten- und Pflegeheimes Waizenkirchen zur generellen Regelung des Zu-

sammenlebens im Heim eine für Bewohner, Besucher und Personal geltende Heimordnung zu erlassen.

Beim Regelungsinhalt der Heimordnung war auf die im § 2 umschriebenen Aufgaben und übergeordneten Zielsetzungen sowie auf die durch das Leben geprägte besondere Individualität der Bewohner und deren Persönlichkeitsrechte besonders Bedacht zu nehmen. Einschränkungen sind nur insoweit zulässig, als sie

1. wegen der im Zusammenleben von Menschen erforderlichen gegenseitigen Rücksichtnahme und
2. im Hinblick auf die grundlegenden Anforderungen eines zeitgemäßen Heimbetriebes unbedingt erforderlich sind.

Zur Erstellung des Entwurfes der Heimordnung wurde die vom SHV Grieskirchen für ihre Heime erlassene Heimordnung als Muster herangezogen und auf unsere Verhältnisse abgestimmt. Der Ausschuss für Sozialangelegenheiten, Kindergarten und Schulen hat in seiner Sitzung am 22. Okt. 2002 die Angelegenheit beraten.

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen:

„ Die im Entwurf vorliegende Heimordnung für das Alten- und Pflegeheim der Marktgemeinde Waizenkirchen wird erlassen und tritt mit 1. Dezember 2002 in Kraft.“

Abstimmung

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 22, davon stimmen

(B) für den Antrag: 22 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Die Herren GVM. Reichert u. GR. Schatzl waren während der Beratung und Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Der Bürgermeister berichtet in diesem Zusammenhang auch noch kurz von einer kürzlich abgehaltenen Feuerwehrübung im Altenheim.

Zu Pkt. 11.) der TO.: Grundsätzliche Zustimmung zur Errichtung eines Vereinsheimes mit Turnhalle durch die Union Waizenkirchen auf dem gemeindeeigenen Grundstück .123 (Hueberstraße) und Nr. 175, KG. Waizenkirchen

Herr Bürgermeister Ing. Josef Dopler berichtet namens des Gemeindevorstandes:

Die Union Waizenkirchen hat mit Schreiben vom 25.10.2002 an die Marktgemeinde Waizenkirchen das Ersuchen gestellt, zum Zwecke der Errichtung eines UNION-Vereinsheimes mit Turnhalle das gemeindeeigene Grundstück Bauarea .123 (Hueberstraße 22) und Teil des Grundstückes Nr. 175 für einen Zeitraum von 25 Jahre zu überlassen. Gleichzeitig wurde ein Förderungsansuchen mit Vorentwürfen, Kostenschätzung und ein Finanzierungskonzept vorgelegt. Nach den Vorstellungen der UNION-Funktionäre soll das Projekt bereits im nächsten Jahr verwirklicht werden.

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Marktgemeinde Waizenkirchen ist grundsätzlich bereit, der Union Waizenkirchen zum Zwecke der Errichtung eines UNION-Vereinsheimes mit Turnhalle das gemeindeeigene Grundstück Bauarea .123 (Hueberstraße 22) und einen Teil aus Grundstück Nr. 175 für einen Zeitraum von 25 Jahren gegen einen jährlichen Anerkennungsziens von € 10,-- zu überlassen. Die weitere Vorgangsweise und die Förderungsabwicklung sind noch abzuklären.“

Debatte:

Herr GR. Faltyn begrüßt diesen Antrag, weil er der Meinung ist, dass die Tischtennis-Länderspiele ein großer Erfolg waren und die sportlichen Leistungen der Union Waizenkirchen, Sektion Tischtennis immer besser werden. Der Neubau eines Klubheimes ist daher ein gesellschaftlicher und sportlicher Ansporn und er findet es auch gut, wenn Jugendliche in Sportvereine integriert werden. Die SPÖ unterstützt daher den Antrag und stellt sich auch für Gespräche bei Herrn LR. Ackerl zur Verfügung.

Herr Bgm. Ing. Dopler dankt Herrn GR. Faltyn und berichtet noch, dass die Union Waizenkirchen auch einen Vize-Weltmeister hat und zwar im Modellflug.

A b s t i m m u n g

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 12.) der TO.: Abschluss eines Vertrages mit der Fa. Hehenberger zur Durchführung der Salzstreuung auf der Stroheimer Straße und der Aschachtal Straße

Herr GVM. Josef Mayr berichtet namens des Gemeindevorstandes, dass die Gemeinden Stroheim und Hinzenbach von der Fa. Hehenberger GmbH & Co.KG, Stroheim den Winterdienst (Schneeräumung und Salzstreuung) auf der Stroheimer Straße und auf der Aschachtal Straße durchführen lassen. Die Fa. Hehenberger hat daher auch der Gemeinde Waizenkirchen ein Angebot für die Durchführung des Winterdienstes auf den im Gemeindegebiet Waizenkirchen liegenden Teilstücke dieser beiden Straßen vorgelegt, da sie die Runde von Eferding über Stroheim und zurück über die Aschachtalstraße ohnehin fährt.

Die Salzstreuung würde vor allem auf der Aschachtal Straße, die die meiste Zeit im Schatten liegt und daher zu Vereisung und Eisspurrinnenbildung neigt, Vorteile mit sich bringen.

Die Verrechnung mit der Fa. Hehenberger erfolgt nach Einsatzstunden bzw. verbrauchter Streusalzmenge.

Der Gemeindevorstand und der Straßenausschuss haben sich in der Sitzung am 28. bzw. 30.10.2002 mit der Angelegenheit befasst und empfehlen dem Gemeinderat folgende Beschlussfassung:

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Marktgemeinde Waizenkirchen schließt mit der Fa. Hehenberger GmbH & Co.KG, eine Winterdienstvereinbarung für die Durchführung des Winterdienstes auf der Stroheimer Straße und der Aschachtal Straße ab.

Die Winterdienstvereinbarung bildet einen integrierenden Bestandteil der Verhandlungsschrift.“

Debatte:

Herr GR. Ing. Mag. Aumayr findet es bedenklich, wie leicht der Gemeindevorstand in einem ökologisch äußerst sensiblen Gebiet wie dem Aschachtal eine Salzstreuung beschließt. Er appelliert daher an alle Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat von der Beschlussfassung der Vereinbarung abzusehen, weil es hier höchstens um marginale Einsparungen geht.

Herr GVM. Mayr erklärt, dass es grundsätzlich nicht um Erzielung von Einsparungen geht, sondern um die Schaffung von durchgehend gleichen Straßenverhältnissen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Herr GR. Ing. Mag. Aumayr erklärt, dass im Aschachtal bisher alle Verkehrsteilnehmer mit Splitt gerechnet haben, warum soll dies jetzt anders sein. Er glaubt, dass das Land nur deshalb Salzstreuung vorsieht, da es Druck von der Schiene Scharinger-Androsch bekommt.

Herr GR. Faltyn erklärt, dass sicherlich eine gewisse ökologische Belastung mit der Salzstreuung verbunden ist, aber auch die Splittstreuung nicht problemlos ist. Außerdem sind hier wirklich die Sicherheitsaspekte nicht außer Acht zu lassen, da mit der Splittstreuung bei einer plötzlichen Vereisung nicht viel hilft, Salz dagegen schon.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Angelegenheit eigentlich durch einen tödlichen Unfall am 2.12.2001 ins Rollen gebracht wurde.

Herr GVM. Mayr berichtet, dass gerade die Aschachtal Straße oft vereist ist, da sie überwiegend im Schatten liegt und bei einer Splittstreuung der Splitt auch nicht lange hält. Ein weiteres Argument ist, dass mit einer Ladung Splitt die ganze Strecke gar nicht auf einmal durchgestreut werden kann und daher oft zweimal gefahren werden muss.

Im Großen und Ganzen dient die Salzstreuung jedoch der Hebung der Verkehrssicherheit.

A b s t i m m u n g

Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 22 Mitglieder (ÖVP-, SPÖ- und FPÖ-Fraktion),

(C) gegen den Antrag: 2 Mitglieder (LF&U-Fraktion).

Der Antrag wird somit mit Stimmenmehrheit zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 13.) der TO.: Gemeinderat Stefan Leithinger – Antrag auf Befreiung von der Anwesenheitspflicht an Sitzungen des Gemeinderates

Herr Bürgermeister Ing. Josef Dopler berichtet:

Herr Gemeinderat Stefan Leithinger hat mit Schreiben vom 30.10.2001 neuerlich um Befreiung von der Anwesenheitspflicht an Sitzungen des Gemeinderates bis voraussichtlich 15. Juli 2003 wegen Teilnahme an einer Abendschulung im 2. Bildungsweg angesucht.

Gem. § 47 Abs. 2 OÖ. GemO 1990 ist bei einer beantragten Befreiungsdauer über drei Monate die Zuständigkeit des Gemeinderates gegeben. Die Befreiung von der Anwesenheitspflicht kann nur bei Vorliegen eines triftigen Grundes erteilt werden.

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

„Herr Stefan Leithinger wird bis 15.07.2003 von der Anwesenheitspflicht an Sitzungen des Gemeinderates befreit.“

A b s t i m m u n g

Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.
Durch Handerheben bringen die Gemeinderatsmitglieder folgendes Ergebnis zum Ausdruck:

(A) Stimmberechtigte Mitglieder: 24, davon stimmen

(B) für den Antrag: 24 Mitglieder.

Der Antrag wird somit einstimmig zum Beschluss erhoben.

Zu Pkt. 14.) der TO.: Allfälliges

a) Spende des Sitzungsgeldes für Hochwasserhilfe

Der Bürgermeister berichtet, dass in der letzten Sitzung beschlossen wurde, das Sitzungsgeld von einer Sitzung für die Hochwasserhilfe zu spenden. Der Amtsleiter wird das Sitzungsgeld in bar einkassieren.

b) Bericht über Hochwasser

Der Bürgermeister berichtet, dass in der letzten Verbandsversammlung des RHV Aschachtal vom Büro Dr. Flögl eine Auswertung des Hochwassers vom 12.8.2002 vorgestellt wurde. Diese Ermittlungen haben ergeben, dass durch die starken Regenfälle immense Wassermengen in das Aschachtal eingeflossen sind, die weit über den Mengen eines 100-jährigen Hochwassers liegen.

c) Essen auf Rädern

Der Bürgermeister berichtet, dass mit 31.12. der Vertrag mit der Gemeinde Prambachkirchen für die Durchführung von Essen auf Rädern endet. Prambachkirchen hat bereits ein neues Auto angeschafft, wird jedoch das Essen weiterhin in Waizenkirchen holen. Waizenkirchen wird mit dem alten Auto weiterfahren. Das Geschirr wird dem Altenheim geschenkt, sollte Geschirr nachgeschafft werden, werden die Kosten aliquot nach bezogenen Portionen aufgeteilt.

d) Auszeichnungen für Ehrenamt

Der Bürgermeister berichtet, dass drei Waizenkirchner eine Bundesauszeichnung für die Ausübung eines Ehrenamtes erhalten haben und zwar Johann Gruber, Schlossfeld, Herbert Fleischanderl sen., Bahnhofstraße und August Aichinger jun., Hausleiten.

e) Ball der Oberösterreicher

Das Programm für die Durchführung des Balles der Oberösterreicher am 18.1.2003 in Wien wird in den nächsten Gemeindenachrichten ausgeschickt. Waizenkirchen wird mit der Landesmusikschule, den Waizenbläsern, der Waizenkirchner Volksmusik und dem Kienzchor vertreten sein. Als Mitorganisatoren sind Dir. Peherstorfer und Norbert Heberlinger tätig.

f) Schloss Hochscharten

Der Bürgermeister berichtet, dass es derzeit Bemühungen um den Weitererhalt von

Schloss Hochscharten gibt. Es wurde das Objekt auch schon von der Landesregierung und privaten Investoren besichtigt. Am aussichtsreichsten war das Interesse einer Firma, das Objekt für die Durchführung von Managementseminaren zu verwenden. Da es von seiten des Vermieters aber immer neue Nachforderungen gab, ist auch dieses Projekt vorerst geplatzt.

g) Vorsprachetermin bei LH-Stv. Hiesl

Der Bürgermeister berichtet weiters, dass am 26.11.2002 ein Gespräch bei Herrn LH-Stv. Hiesl stattfindet, wo das Straßenbauprogramm für die nächsten Jahre festgelegt werden soll.

h) Notversorgung für Ortswasserleitung

Herr GVM. Hebertinger berichtet, dass man derzeit verstärkt an der Schaffung einer Notversorgung für die Ortswasserleitung arbeitet. Gerade das Beispiel Rosenau hat wieder gezeigt, wie wichtig so etwas ist.

Man ist daher mit den Nachbargemeinden und der Fa. Guschlbauer im Gespräch bzw. wird auch überlegt, einen zweiten Brunnen zu bauen.

i) Rohrbrüche in der Fadingerstraße

Herr GVM. Hebertinger berichtet, dass heuer in der Fadingerstraße schon 5-6 Rohrbrüche waren und dieser Zustand nicht mehr tragbar ist. Da ihm auf Nachfrage bei der Straßenmeisterei gesagt wurde, dass es noch keinen Terminplan für die Sanierung der Fadingerstraße gäbe, ist zu überlegen, ob die Wasserleitung nicht bereits vorher getauscht wird. Billiger wäre es natürlich, wenn dies im Zuge der Landesstraßensanierung geschehen könnte.

Der Bürgermeister berichtet, dass für Mitte September ein Termin mit den Anrainern vereinbart war, aufgrund des Hochwassers ist es aber nicht dazu gekommen.

j) Bauvorhaben Pointinger, Purgstall

Herr GR. Faltyn stellt eine Anfrage an den Bürgermeisters, wie weit das Bauverfahren Pointinger in Purgstall nun gediehen ist, da den Auflagen des Naturschutzes seines Wissens nach entsprochen werde.

Der Bürgermeister ist froh, dass diese Anfrage gestellt wurde und berichtet, dass die Behandlung des Einspruches termingerecht erledigt wird und wahrscheinlich in der nächsten Gemeinderatssitzung behandelt wird.

Er ist nur verwundert, dass die Fraktionsobmänner die Planabänderungen vor der Baubehörde erhalten haben.

k) Straßenwässer Friedhofstraße

Herr GR. Faltyn berichtet, dass er bereits mehrmals darauf aufmerksam gemacht wurde, dass von der Friedhofstraße Oberflächenwasser auf die B 129 fließt. Er ersucht, hier Vorkehrungen zu treffen, damit das abgestellt wird.

Herr GVM. Mayr erklärt, dass im Zuge der Asphaltierung der Fellingnerstraße hier Wasereinläufe geschaffen werden.

Herr GR. Helmhart ersucht, dass bis zur Durchführung der Maßnahmen verstärktes Augenmerk beim Winterdienst auf diese Stellen gelegt wird.

l) Sanierung Postzufahrt

Herr GR. Helmhart stellt die Anfrage, ob bei der Sanierung der Postzufahrt auch wärme-

und feuchtetechnische Dämmmaßnahmen beim Gemeindeamtsgebäude durchgeführt wurden.

Herr GVM. Mayr erklärt, dass eine Schotterrollierung und eine Drainage verlegt wurden.

Herr GR. Ers. Ehrengruber stellt die Anfrage, ob die Besitzfrage bereits geklärt ist.

Der Bürgermeister berichtet, dass die Pfarre das Grundstück an das öffentl. Gut abtritt.

m) Vordach über Postamt

Herr GR.Ers. Ehrengruber stellt die Anfrage, ob man das Vordach der Post nicht auch über den Stiegenabgang zum öffentl. WC weiterziehen könnte.

Der Bürgermeister erklärt, dass zuerst die Zufahrt fertiggemacht wird, eine Fortführung des Vordaches wurde aber bereits ins Auge gefasst.

n) Regentlastungsbecken Klosterstraße

Herr GVM. Reichert stellt die Anfrage, ob es für das Regentlastungsbecken beim Feuerwehrhaus in der Klosterstraße Pläne gibt.

Der Bürgermeister bejaht dies und berichtet, dass diesbezüglich am 25.11.2002 eine wasserrechtl. Verhandlung stattfindet.

---o0o---

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 21.45 Uhr.

Vorsitzender

ÖVP-Gemeinderat

Schriftführer

SPÖ-Gemeinderat

FPÖ-Gemeinderat

LF&U-Gemeinderat

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom _____ keine Einwendungen erhoben wurden*, über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde*.

Waizenkirchen, am _____

Vorsitzender:

*) Nichtzutreffendes streichen